



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 31.01.2011

Beginn: 17:50 Uhr

Ende: 20:15 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele

Herr Stadtrat Aßfalg

Herr Stadtrat Bode

Herr Stadtrat Braig

Bis TOP 4

Herr Stadtrat Brenner

Herr Stadtrat Dr. Compter

Herr Stadtrat Deeng

Herr Stadtrat Dullenkopf

Herr Stadtrat Funk

Frau Stadträtin Goeth

Herr Stadtrat Hagel

Frau Stadträtin Handtmann

Herr Stadtrat Heinkele

Herr Stadtrat Herzhauser

Frau Stadträtin Kapfer

Herr Stadtrat Keil

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding

Herr Stadtrat Pfender

Herr Stadtrat Rieger

Herr Stadtrat Dr. Schmid

Frau Stadträtin Sonntag

Herr Stadtrat Späh

Herr Stadtrat Walter

TOP 6 befangen

Herr Stadtrat Weber

Herr Stadtrat Wiest

entschuldigt:

Frau Stadträtin Drews
Herr Stadtrat Lemli
Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait
Frau Christ, Stadtplanungsamt
Herr Fessler, Rechnungsprüfungsamt
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Bürgermeister Kuhlmann
Frau Länge, Ordnungsamt
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg
Herr Rechmann, Tiefbauamt
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer
Herr Simon, Hauptamt
Herr Walz, Gebäudemanagement
Herr Erster Bürgermeister Wersch

Bis TOP 4

Bis TOP 4

Ab TOP 2

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	Haushaltsplan des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach für das Haushaltsjahr 2011	2/2011
3.	Bebauungsplanänderung im vereinfachten Verfahren "Talfeld III"	235/2010
4.	Gestaltungsbeirat der Stadt Biberach an der Riß - Besetzung	236/2010
5.	Energiebericht Stadt Biberach 2009	233/2010
6.	Annahme von Spenden und Schenkungen für das 4. Quartal 2010	3/2011
7.	Verschiedenes	
7.1.	Diskussionen rund um die Sitzung zur Stellenplanberatung 2010	
7.2.	Interview mit EBM Wersch im Veranstaltungskalender Januar 2011	
7.3.	Entwicklung der Hochschule	
7.4.	Winterzirkus auf dem Gigelberg	
7.5.	Ampelschaltungen	
7.6.	Fahrradkonzept und PKW-Stellplätze	

Die Mitglieder wurden am 20.01.2011 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 27.01.2011 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Bürgerfragestunde

Frau Cäcilie Sommer überreicht den Dezernenten und dem Gemeinderat eine vom Stadtforum erstellte CD und meint, die Schwäbische Zeitung habe diese zur Pflichtlektüre erklärt.

Herr Wolfgang Heinzl fragt, wann öffentlich über das Jugendhaus beraten werde.

OB Fettback antwortet, die Verwaltung sei der Meinung, dies sollte in der Sondersitzung am 24.02.2011 im Hauptausschuss erfolgen. Man erstelle eine Ergänzungsvorlage zur Vorberatung. Die Beschlussempfehlung laute auf den Bau des Jugendhauses ergänzt um den Halbsatz, dass über den Realisierungszeitpunkt in der Sitzung am 01.06.2011 entschieden werde. Ferner sei vorgesehen, dass das Gremium dem Konzept zustimme und der Standort in der bestehenden Schul- und Sportmeile sein solle, ohne dass ein konkreter Standort genannt werde. Auf dieser Basis wäre der Gemeinderat dann in der Lage, fundiert zu entscheiden. Er habe beabsichtigt gehabt, dies unter Bekanntgaben mitzuteilen. Er bittet den Gemeinderat zu signalisieren, falls ein anderes Verfahren gewünscht werde.

StR Dullenkopf meint, vom Grundsatz müsse man das Thema einmal öffentlich machen und auch die CDU-Fraktion habe die Meinung vertreten, die Sondersitzung sollte öffentlich sein. Dennoch gebe es einzelne Bereiche, die man vorher nichtöffentlich ansprechen wolle. Dies könnte aber am 17.03.2011 im Hauptausschuss nachgeholt werden, da der Gemeinderatsbeschluss ohnehin erst im März erfolgen solle.

OB Fettback meint, es wäre gut, wenn mitgeteilt würde, was nichtöffentlich behandelt werden sollte.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2/2011 zur Beschlussfassung vor. Der Entwurf des Haushaltsplans ist Bestandteil der Beratung, dieser Niederschrift aber nicht beigefügt. Der Gemeinderat wurde ordnungsgemäß zur Sitzung einberufen.

BM Kuhlmann führt ins Thema ein und weist darauf hin, dass durch die Einführung der Doppik der Haushaltsplan neue Strukturen und Begriffe aufweise. Es gebe auch inhaltliche Veränderungen. Seit Januar 2011 werde im Eigenbetrieb Stadtentwässerung mit der Doppik gebucht und man sei Pilotanwender.

Als eine große Investition nennt er das Gewerbegebiet Flugplatz, für das im Frühjahr 2011 mit dem Bau begonnen werden solle. Ferner sei ein weiterer Baustein im Baugebiet Talfeld vorgesehen. Der Verkauf der Grundstücke gehe schneller als erwartet und gegebenenfalls müsse man den vierten Bauabschnitt vorziehen. Auf jeden Fall werde noch eine Teilerschließung für die Kinderkrippe in 2011 erfolgen. Das weitere Vorgehen zur Realisierung der Abwasserbeseitigung Hofen hänge stark von den Anwohnern ab.

Zur Neukonzentration der Regenwasserbehandlung seien beim AZV große Maßnahmen geplant. Weitere intensive Herausforderungen erhalte man durch die gesplittete Abwassergebühr. Abschließend dankt er allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit.

StR Dullenkopf signalisiert vorab die Zustimmung der CDU-Fraktion zu dem Beschlusanträgen. Er dankt dem Kämmereiamt, das in großer Ausführlichkeit und Verständlichkeit die Veränderungen dargestellt habe.

Sofern erkennbar werde, dass man 2012 für anstehende Maßnahmen viel Geld benötigen werde gibt er zu überlegen, sich für eine Vorfinanzierung zu entscheiden, sofern man eine Bank finde, die keine hohen Bereitstellungszinsen verlange. Die derzeitigen günstigen Zinsen werde man 2012 sicher nicht mehr erzielen. Bei der Darstellung der Schulden vermisst er Detailinfos zu den Konditionen.

Frau Leonhardt verweist zu letzterem auf Seite 42 in Anlage 5 des Haushaltsplans.

StR Keil signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion zu den Beschlusanträgen. Wasser sei ein Grundstoff des Nahrungskreislaufes, ein hohes Gut für das man Sorge tragen müsse. Er stellt einen Investitionsstau fest und meint, man müsse sich darauf einstellen, dass vermehrt große Regenereignisse erfolgten. In diesem Zusammenhang müsse man in der Bevölkerung für Verständnis werben, dass es auch einmal gefährlich werden könne, bis die erforderlichen Investitionen in Höhe von 7 Mio. Euro getätigt seien.

OB Fettback gibt zu bedenken, auch der steigende Grundwasserspiegel stelle ein Problem dar.

StRin Goeth schickt den Dank der Freien Wähler voraus. Es seien hohe Investitionen erforderlich, weshalb die Rücklagen abnehmen. Sie gibt zu bedenken, dass ohne Gründung des Eigenbetriebes die Stadt keine Rücklagen mehr hätte. Angesichts der Investitionshöhe frage man sich, ob Gebühren von 2,44 Euro ausreichend seien.

Sie fragt, ob das Ergebnis der Befliegung im Rahmen des Abwassersplittings öffentlich eingesehen werden könne. Man sehe das Gebührensplitting eher kritisch. Sie fragt, ob die Daten durch Angaben der Bürger ergänzt werden müssten.

OB Fettback hält entgegen, die saldierte Betrachtung sei in Ordnung, man gehe aber nach wie vor von 45 Mio. Euro allgemeine Rücklagen aus und habe zusätzlich Sonderrücklagen wie die Pensionsrückstellungen.

Auch StR Späh dankt namens der Grünen und bemerkt, die neue Darstellung sei gewöhnungsbedürftig. Die genannten Projekte seien kostenintensiv. Insbesondere werde von den Grünen die sehr teure Lösung der Abwasserbeseitigung Hofen hinterfragt. Bei derartigen Maßnahmen müsse man sich fragen, ob immer die Maximallösung gewählt werden müsse.

Er erkundigt sich nach der Gesamtsumme der beim AZV geplanten Ausbauten und fragt, ob die eingestellten 400 000 Euro auf jeden Fall anfielen oder ob es sich um eine Eventualposition handle. Ferner erkundigt er sich nach den künftigen voraussichtlichen Abwassergebühren und appelliert, diese müssten dann wieder einige Jahre Bestand haben im Sinne der Gebührenverlässlichkeit. Die Schulden nähmen exorbitant zu und man gehe davon aus, dass sie sich wieder reduzieren.

Die Zunahme der Schulden habe ihn nicht erschreckt, bemerkt StR Funk. Entscheidend seien die Gebühren, wobei man aufgrund der Monopolstellung bezüglich der Fremdfinanzierung keine Sorgen haben müsse. Er fragt, ob diese Einschätzung richtig sei oder ob die Gefahr durch Dritte am Markt bestehe. Sollte dies nicht der Fall sein, könne er mit einer Finanzierung über Fremdkapital leben.

StR Dr. Nuding hebt auf die intergenerative Gerechtigkeit ab. Er fragt, was mit dem Geld geschehe, das 2010 für die Abwasserbeseitigung Hofen bereitgestellt worden sei und bittet die Position 25 im Finanzhaushalt zu erläutern.

BM Kuhlmann führt aus, bezüglich der Gebührenentwicklung traue er sich nicht, eine Prognose abzugeben. Hierzu seien umfassende Ermittlungen erforderlich. Die Luftbilddaufnahmen aus den Jahren 2005 und 2007 habe man bereits öffentlich in das Geoinformationssystem eingestellt. Diese Bilder seien allerdings nicht so fein aufgelöst. Die Befliegung habe im November 2010 stattgefunden, da man ohne Laub die Bodenbeläge am besten erkennen könne. Jetzt erfolge die Auswertung der Flächen und ihre Digitalisierung. Jeder Eigentümer erhalte ein Bild mit der Einteilung seiner Flächen, denen er im Detail widersprechen könne. Erst wenn diese Widersprüche geklärt seien, stehe der Maßstab für die Berechnung fest. Er räumt ein, dass viele Investitionen auf einmal anstünden und man diese Projekte auch gerne zeitlich entzerrt hätte, was aber faktisch nicht möglich gewesen sei.

Frau Leonhardt lässt wissen, der Darlehensvertrag bestehe zwischen der Stadt und dem Eigenbetrieb Stadtentwässerung. Grundlage für die Konditionen sei der Euribor mit einem Zuschlag. Die Laufzeit sei ihr ad hoc nicht präsent. Diese Information müsse sie nachliefern. Alle möglichen Haushaltsausgabereise seien durch die Buchungsumstellung nicht übertragbar gewesen, weshalb man die gesamte Finanzierung der Abwasserbeseitigung Hofen komplett neu in den Haushalt eingestellt habe.

Zur von StR Dr. Nuding nachgefragten Position lässt Herr Rechmann wissen, dies sei der Anteil, den man an den AZV für das BHKW bezahlen müsse. Die Umsetzung sei für 2011 geplant. Die alten BHKWs müssten ersetzt werden.

EBM Wersch beziffert das Gesamtinvestitionsvolumen des AZVs mit 10 Mio. Euro, wobei der städtische Anteil 70 Prozent und somit ca. 7 Mio. Euro betrage.

Frau Leonhardt lässt noch wissen, die Anregung von StR Dullenkopf, eine Vorfinanzierung zu versuchen, werde geprüft.

Abschließend mahnt OB Fettback, die Maßnahme auf dem Zeppelinring gut mit anderen Maßnahmen zu koordinieren, damit das Parkhaus Ulmer Tor anfahrbar bleibe, vor allem während der Schließung der Tiefgarage Museum.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens beim Eigenbetrieb Stadtentwässerung Biberach zum 01.01.2011 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.**
- 2. Der produktorientierten Gliederung des doppischen Haushalts in einen Teilhaushalt wird zugestimmt.**
- 3. Der Haushaltsplan 2011 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach wird festgestellt.**
- 4. Folgende Haushaltssatzung wird erlassen**

§ 1 Haushaltsplan

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

1. im ERGEBNISHAUSHALT mit dem

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	5.941.000 €
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	-5.941.000 €
Veranschlagtes ordentliches Ergebnis	0 €
Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	0 €
Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	0 €
Veranschlagtes Sonderergebnis	0 €
Veranschlagtes Gesamtergebnis	0 €

2. im FINANZHAUSHALT mit dem

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.945.000 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.456.000 €
Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	1.489.000 €

...

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	190.000 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-4.381.000 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	-4.191.000 €
Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	-2.702.000 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	3.455.000 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-990.000 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	2.465.000 €
Änderung des Finanzierungsmittelbestands	-237.000 €

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 3.455.000 €.

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf 3.610.000 €.

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 1.000.000 € festgesetzt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 235/2010 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Bauausschuss am 24.01.2011.

OB Fettback verweist auf die öffentliche Vorberatung.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Bebauungsplan "Talfeld III", Plan-Nr. 896/34, Index 4 vom 22.01.2010, wird im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB geändert.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 236/2010 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Bauausschuss am 24.01.2011.

BM Kuhlmann führt kurz ins Thema ein.

StR Abele gibt zu verstehen, man habe Vertrauen in die Verwaltung und dass richtige Entscheidungen getroffen würden. Zwar habe der Gestaltungsbeirat keine Beschlussfassungsmacht, sei aber ein Gremium, das im Vorfeld tätig werde und seine Beschlüsse entfalteteten Wirkungen, die für die Öffentlichkeit wichtig seien und die den Gemeinderat beeinflussten und lenkten. Daher sei ein ganzheitlicher Ansatz erforderlich und es dürften keine Partikulärinteressen verfolgt werden.

StR Dr. Compter bringt vor, seines Wissens habe es im Bauausschuss eine Nein-Stimme und nicht wie auf der Zusammenstellung der Vorberatungsergebnisse aufgeführt nur eine Enthaltung gegeben.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei einer Nein-Stimme (StR Dr. Compter) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die in Drucksache Nr. 236/2010 vorgeschlagenen Architekten werden in den Gestaltungsbeirat berufen. Dabei handelt es sich um Prof. Zvonko Turkali, Architekt BDA, Frankfurt am Main, Wilhelm Huber, Architekt BDA, Betzigau, Prof. Andreas Meck, Architekt BDA, München und Helmut Riemann, Architekt BDA, Lübeck.

Anschließend wird die Sitzung zur Vesperpause von 18:50 auf 19:10 Uhr unterbrochen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 233/2010 mit dem Energiebericht zur Information vor.

OB Fettback bezeichnet den Energiebericht als wichtige Informationsvorlage. Der Bericht sei immer wieder vom Gemeinderat nachgefragt worden. Er sei sehr interessant und gut lesbar.

Herr Walz führt aus, es handle sich um eine Bestandsaufnahme, die alle zwei Jahre fortgeschrieben werden solle. Damit könne man Entwicklungen aufzeigen, Maßnahmen bewerten, Zukunftsbelange erkennen und Handlungsfelder definieren. Man könne sich intern und interkommunal vergleichen, mit den Daten auf den Nutzer zugehen und die Verantwortlichkeit verstärken.

Er geht anhand einer Power-Point-Präsentation auf einzelne Bereiche ein. Beispielsweise werde die Verbrauchsentwicklung dargestellt. Die Hauptgebäude machten ca. 140.000 Quadratmeter aus, die man erfasst habe. Die Nebengebäude habe man bisher nicht stark kontrolliert, weshalb hier Nachholbedarf bestehe und man sich diesem Bereich intensiver widmen wolle. Bezüglich der Energieversorgung sei man mit 70 Prozent gaslastig. Anhand einzelner Beispiele wie eines Vergleichs der Dürnachhalle mit der Mehrzweckhalle Rißegg zeigt er auf, dass anhand der Verbrauchsdaten Probleme ermittelt werden könnten, im genannten Fall beispielsweise Undichtigkeiten im Dach der Dürnachhalle.

Es wird applaudiert.

StR Hagel zeigt sich namens der CDU-Fraktion mit der Vorlage mehr als zufrieden. Er dankt für die ausführliche und längst überfällige Informationsvorlage. Eine nachhaltige Energiebeobachtung sei unverzichtbar. Hierzu müsse man die Ausgangssituation erfassen. Durch den Energiebericht habe man auch eine Rangfolge bzw. Hitliste für energetisch wichtige Sanierungen. Er meint, über derartige Berichte seien Nutzersensibilisierungen erreichbar. Man freue sich schon heute auf die neue Realschule, die bezüglich der Energie sicher noch günstigere Werte aufweisen werde. Diese zu erreichen müsse auch für andere Immobilien langfristig das Ziel sein. Er bezeichnet es als ausreichend, den Energiebericht alle zwei Jahre vorzulegen.

StR Dr. Nuding dankt namens der SPD-Fraktion herzlich für die gute Darstellung und pflichtet den Ausführungen von StR Hagel bei. Eine richtige Sanierung führe auch zum richtigen Erfolg und ein großer Teil des Erfolgs in der Stadthalle gehe auf den Energiemanager zurück. Angesichts dieser Feststellung könnte man die Meinung vertreten, auch ein Organisationsmanager könnte sehr erfolgreich sein.

StR Heinkele dankt namens der Freien Wähler herzlich für den Bericht. Die nachvollziehbaren Grafiken seien auch für den schnellen Leser geeignet. Für ein effektives Energiemanagement seien Verhaltensveränderungen wichtig, weshalb man der Nutzersensibilisierung hohen Wert beimessen müsse. Er meint, die Ausführungen von Seite 12 des Berichts wären eine positive Berichterstattung wert, da aufgezeigt werde, dass man in den Vorjahren wichtige Investitionen getätigt und auf den Weg gebracht habe, die nun die Stadtfinanzen und die Umwelt entlasteten. Derartige Entscheidungen würden im Übrigen meist quer durch alle Fraktionen mit großer Mehrheit beschlossen. Er fände es auch ausreichend, den Bericht im Drei-Jahres-Rhythmus vorzulegen und meint, man könnte durch diesen Bericht auf viele Einzelberichte verzichten, sofern nicht besondere Auffälligkeiten festgestellt würden.

OB Fettback spricht sich zunächst einmal für einen Zwei-Jahres-Rhythmus aus, bis sich alles eingespült habe.

StRin Sonntag findet den Bericht äußerst gut zu lesen. Man könne daran auch erkennen, wie wichtig Hausmeister seien und dass man sie für den Energieverbrauch sensibilisiere, was für alle eine Selbstverständlichkeit werden sollte. Nutzer sollten Hinweise für richtiges Verhalten bekommen. Sie fragt, warum die Kindergärten im Vergleich relativ gut seien und dies unabhängig vom Alter. Auffallend sei jedoch ein relativ hoher Wasserverbrauch.

StR Funk dankt herzlich für den Energiebericht, den er als wichtig bezeichnet, auch wenn er in eine andere Stoßrichtung gehe als die übrigen Fraktionen. Mit dem Bericht könne er erkennen, dass man 1,8 Mio. Euro Energieverbrauch und dass mit 141.000 Quadratmetern Fläche 90 Prozent abgedeckt würden. Hieraus ziehe er den Schluss, dass man allein für die Gebäudeunterhaltung eine Zuführungsrate in Höhe von 10 Mio. Euro benötige, Tendenz steigend. Ferner unterstreiche der Bericht, dass immer eine Gesamtbetrachtung erforderlich und dass nicht jede energetische Maßnahme sinnvoll sei.

StR Dullenkopf meint, bei einer Verfeinerung des Berichts müsse man Nutzungen stärker berücksichtigen. Beispielsweise sei bei der Stadthalle 2009 das "Applaus" geschlossen worden und 2010 habe man über 100.000 Euro für energetische Verbesserungen investiert.

Herr Walz meint, der Wasserverbrauch der Kindergärten müsse untersucht werden. Er äußert die Vermutung, dass der hohe Wasserverbrauch auf beliebte Wasserrutschen zurückzuführen sei.

Den geäußerten Dank gibt er an Herrn Bahnmüller weiter, der in der Sitzung anwesend ist. Es wird applaudiert.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 3/2011 zur Beschlussfassung vor.

StR Walter ist befangen und verlässt den Ratstisch.

StRin Goeth erkundigt sich nach der Spenderin Rosemarie Sack-Dyckerhoff und dem gespendeten Portrait und seinem Bezug zu Biberach.

Herr Dr. Riedlbauer kündigt an, sich kuldig zu machen und die Information nachzuliefern.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die in Anlage 1 bis 3 von Drucksache Nr. 3/2011 aufgeführten Spenden und Schenkungen werden angenommen.

TOP 7.1 Verschiedenes - Diskussionen rund um die Sitzung zur Stellenplanberatung 2010

StR Funk spricht die Hauptausschusssitzung vom 25.11.10 an. Man habe das Protokoll im Entwurf erhalten und er habe seine Änderungsvorschläge weiter gegeben. Er könne es verantworten, das Protokoll freizugeben, am liebsten wäre ihm aber, dies erfolgte nur bis zur Wiederaufnahme der Sitzung nach der Pause.

Er fragt, wer den eingeschalteten Mediator Herrn Klumpp bezahle.

OB Fettback gibt zu verstehen, er hätte sich gewünscht, das Thema würde aus der Sitzung herausgehalten und nicht in laufende Verfahren eingegriffen. Wichtig sei die Klärung gewesen, ob man das Protokoll der Sitzung in die laufenden Gespräche mit dem Mediator einbringen könne. Das Vorgehen sollte seines Erachtens aber nicht über den Ratstisch hinweg besprochen werden, sondern die Fraktionen sollten dies klären.

Zur Bezahlung von Herrn Klumpp habe er es für vorstellbar erklärt, dass die Stadt die Kosten übernehme. Dies werde jedoch noch vom Hauptamt geprüft. Notfalls bezahle er ihn aus seiner Privattasche. Diese Bezahlung sollte kein Problem darstellen.

TOP 7.2 Verschiedenes - Interview mit EBM Wersch im Veranstaltungskalender Januar 2011

StRin Kübler bringt vor, im Veranstaltungskalender vom Januar sei ein Interview mit EBM Wersch abgedruckt. In diesem spreche er sich gegen die sofortige Umsetzung des Jugendhauses und der Kletterhalle aus. Diese Aussagen hätten in ihrer Fraktion zu erheblichen Irritationen geführt. Es handle sich um äußerst sensible Projekte und man sei davon ausgegangen, dass man in die Klausurtagung zur Prioritätenfestlegung offen hineingehe. Nun frage sie sich, ob man sich diese Klausurtagung sparen könne, auch im Hinblick auf die erforderlichen Vorbereitungsarbeiten und den Aufwand für die Verwaltung. Die Aussage habe zu Unsicherheiten bei den Jugendlichen und im Alpenverein geführt.

EBM Wersch erwidert, er könne sich nicht erinnern, dass er gesagt habe, was zu beschließen sei. Er habe lediglich in Frage gestellt, was wann fällig sei. Das Projekt gehöre natürlich in die Klausurtagung, zu der er sich nicht geäußert habe. Er glaube nicht, dass dieses Interview die Klausurtagung in Frage stelle.

OB Fettback gibt zu verstehen, auch er habe es nicht als glücklich empfunden, dass vor diesem Interview keine Abstimmung erfolgt sei. Letztlich entscheide der Gemeinderat über die Prioritäten.

TOP 7.3 Verschiedenes - Entwicklung der Hochschule

Str Dr. Nuding bezieht sich auf seine Schnellanfrage zum Thema Entwicklung der Hochschule. Der Zweig industrielle Bioprozesstechnik solle 2011/2012 beginnen. Hierzu müsse noch ein Gebäude auf städtischem Grund errichtet werden. Er erkundigt sich nach dem Verfahrensstand und fragt, warum man noch nicht weiter sei.

OB Fettback erwidert, es seien zwei Studiengänge in der Rede, wobei einer sehr kostenintensiv sei. Seines Wissens habe ein örtliches Unternehmen eine Finanzierungszusage erteilt, der wesentliche Teil des Geldes müsse aber von der öffentlichen Hand kommen. Dies unterscheide die Situation zur Einführung des Studiengangs Pharmazeutische Biotechnik, für den der Wunsch aus der Wirtschaft gekommen sei. Zum genannten Neubau benötige die Stadt einen Investor. Man wisse um die Termine und dass im März eine Entscheidung erforderlich sei.

EBM Wersch bestätigt, er suche auf diesem Markt nach Investoren. Es sei von Anfang an klar gewesen, dass der gedachte Zeitplan nicht gehalten werden könne. Der Studiengang müsse also in Bestandsgebäuden starten und versucht werden, das Gebäude 2012 zu realisieren. Momentan liege eine maximale Mietgarantie für 10 Jahre vor, wobei ein Großteil vom Landkreis zu finanzieren wäre. Er bezeichnet das Projekt als sehr ambitioniert. Auch eine Ausschreibung sei erforderlich, diese mache jedoch keinen Sinn, wenn die Bewerber nicht aus der Region Baden-Württemberg kämen. Momentan sei unklar, ob dieser Studiengang funktionieren werde.

TOP 7.4 Verschiedenes - Winterzirkus auf dem Gigelberg

StR Heinkele bringt vor, die Hinterlassenschaft des Winterzirkusses auf dem Gigelberg seien noch da. Er fragt, wer sich um die Beseitigung der zwei Anhänger voll Mist kümmere.

StR Heinkele meint, eine Veröffentlichung des Protokolls vom 25.11.10 müsste vom Hauptausschuss entschieden werden. Er habe kein Problem damit, wenn einzelne ihre Redebeiträge öffentlich machen. Für andere dürfe dies jedoch nicht gelten, da sonst das hohe Gut der Nichtöffentlichkeit nicht gewahrt wäre. Er bittet den Sachverhalt zu prüfen.

OB Fettback erwidert, alle Anwesenden müssten seines Erachtens einer Veröffentlichung zustimmen, so diese gewollt werde. Die Nichtöffentlichkeit sei ein sehr hohes Gut und man erlebe, was geschehe, wenn manche das Gebot der Nichtöffentlichkeit nicht einhielten.

TOP 7.5 Verschiedenes - Ampelschaltungen

StRin Goeth spricht die Fußgängerampel am Ulmer Tor an, für die man eine gute Lösung gehabt habe. Momentan komme es aber schon wieder zu Klagen, da die Ampeln in den einzelnen Richtungen unterschiedlich geschaltet seien.

BM Kuhlmann lässt wissen, die Ampelschaltungen würden derzeit neu programmiert. Ein Ziel sei eine Grüne Welle auf dem Ring. Momentan funktioniere alles nach dem Zufallsprinzip, da verschiedene Programme liefen, die nicht aufeinander abgestimmt seien.

StR Abele spricht die Ampeldiskussion im Bauausschuss an. Der Gutachter Herr Wolfram habe die Aussage getroffen, dass die Busbevorrechtigung an den Problemen Schuld sei. Dies habe zu großen Irritationen geführt, da man durch die Busbeschleunigung Verbesserungen erhofft habe. Er bittet zum Thema um eine weitere Information im Bauausschuss.

BM Kuhlmann antwortet, bereits in der genannten Sitzung habe er klargestellt, dass die Aussagen zur Beschleunigung den ersten Aussagen widersprächen. Man habe dem Unternehmen eine Frist zur Behebung der Probleme gesetzt und angekündigt, sonst den Vertrag zu kündigen. Ein aktuelles Gespräch habe gezeigt, dass dies funktionieren werde. Die Busbeschleunigung sei vom Gutachter ein vorgeschobenes Argument gewesen. Er kündigt einen Bericht in einer der nächsten Bauausschusssitzungen an. In der Folgewoche finde ein Gespräch mit einem anderen Gutachter statt.

TOP 7.6 Verschiedenes - Fahrradkonzept und PKW-Stellplätze

StR Abele bringt vor, im Rahmen des Fahrradkonzepts und der Errichtung von Fahrradstellplätzen habe man zwei PKW-Stellplätze abgebaut und von der Stadt sei angekündigt worden, als Ersatz Kurzzeitplätze zu errichten. Er erkundigt sich nach dem Stand der Maßnahme.

In diesem Zusammenhang bringt er vor, dass im Jahresrückblick des Oberbürgermeisters von einem neuen Verkehrskonzept gesprochen worden sei. Er erkundigt sich nach der zeitlichen Abfolge.

OB Fettback antwortet, es handle sich um ein Gemeinschaftsprojekt der Dezernaten I und III zusammen mit dem Ordnungsamt und dem Stadtplanungsamt. Man habe erfolgreich relativ viel Geld in die Platz- und Wegeggestaltung in den letzten Jahren investiert und einiges habe sich verändert. Daher müsse man über ein Verkehrskonzept für die Innenstadt nachdenken. Die umgestalteten Flächen stimmten mit dem Verkehrsverhalten nicht mehr überein. Man habe externe Dritte eingeschaltet, da man erfahrungsgemäß betriebsblind sei. BM Kuhlmann wolle auf das Ministerium zugehen, da nach deutschem Recht bislang immer ein Verkehrsteilnehmer Vorrang haben müsse. Dies passe nicht mehr zu einer modernen Verkehrsgestaltung einer Innenstadt. Die Schweiz habe dieser Tatsache Rechnung getragen und begegnungsfreie Zonen geschaffen, in denen alle Teilnehmer gleichberechtigt seien. Man wolle mit Anwohnern und Nutzern in eine qualitative Diskussion einsteigen.

Gemeinderat, 31.01.2011, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:

OB Fettback

Stadtrat:

Wiest

Stadtrat:

Keil

Schriftführerin:

Appel

Gesehen:

EBM Wersch

Gesehen:

BM Kuhlmann